



Stephan Mayer

Mitglied des Deutschen Bundestages
Rechtsanwalt
Innen- u. rechtspolitischer Sprecher der
CSU-Landesgruppe

Stephan Mayer, MdB · Paul-Löbe-Haus · 11011 Berlin

Deutscher Bundestag
Paul-Löbe-Haus, Zi. 1.437
Paul-Löbe-Allee 1
11011 Berlin
☎ (030) 227 – 74932
☎ (030) 227 – 76781
✉ stephan.mayer@bundestag.de
www.mayerstephan.de

Berlin, den 16.10.08/aks

Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr **Ihr Schreiben vom 02. Oktober 2008**

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 02. Oktober 2008, in dem Sie Ihren Bedenken hinsichtlich der Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr Ausdruck verleihen.

In den vergangenen sechs Jahren wurden für den Aufbau Afghanistans wichtige Erfolge erzielt: Heute werden Mittel in Höhe von 770 Mio. € direkt von den afghanischen Ministerien in konkrete Projekte eingesetzt – zehn mal mehr als fünf Jahre zuvor. Mit deutscher Hilfe wurde die Förderagentur AISA eingerichtet. Sie wird bis zum Ende dieses Jahres 550.000 neue Arbeitsplätze geschaffen haben. Mit deutscher Hilfe wurde die erste Bank zur Förderung von Kleinkrediten in Kabul eröffnet, die eine Investitionswelle im Land entfacht hat. Deutsche Entwicklungszusammenarbeit sichert in den Städten Kabul, Herat und Kundus die Wasserversorgung für zweieinhalb Millionen Menschen.

Die CSU-Landesgruppe hat bereits im Juli 2007 auf ihrer Klausurtagung in Kloster Banz eine "Zehn-Punkte-Strategie für Afghanistan" erarbeitet. Darin fordern wir unter anderem ein besser abgestimmtes militärisches Vorgehen von ISAF und OEF, die Erarbeitung einer effektiven Strategie gegen den Drogenanbau, die enge Verzahnung der militärischen Sicherheitspräsenz und des zivilen Aufbaus, einen konsistenten Gesamtplan für den Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft, die Intensivierung von Bildungsprogrammen sowie eine enge Kooperation sowohl mit der afghanischen Bevölkerung als auch mit der Zentralregierung in Kabul.

Obgleich sich die Situation in Afghanistan seit dem Beginn des Engagements der internationalen Gemeinschaft in vielerlei Hinsicht erheblich verbessert hat, wie zum Beispiel im Bildungs- und dem Gesundheitssektor, so sind beim Wiederaufbau des Landes nach wie vor Rückschläge zu verzeichnen. Nach Angaben des Büros der Vereinten Nationen für



Stephan Mayer

Mitglied des Deutschen Bundestages

Drogen und Verbrechensbekämpfung (UNODC) werden in Afghanistan heute 92 Prozent der weltweiten Opiumvorräte produziert, während die Anbaufläche von Cannabis mittlerweile auf rund 30.000 Hektar angestiegen ist. Auch bei der flächendeckenden Bekämpfung der Korruption und der Herstellung von Rechtsstaatlichkeit gibt es noch immer Nachholbedarf.

Diese Defizite behindern den schwierigen Wiederaufbauprozess im Land. Ebenso unbestreitbar ist, dass auch im Rahmen der ISAF- und OEF-Missionen Fehler begangen wurden. So ist es den internationalen Einsatzkräften nicht in allen Landesteilen in ausreichendem Maße gelungen, das Vertrauen der afghanischen Bevölkerung, insbesondere der Paschtunen, dauerhaft zu gewinnen.

Dennoch weist der am 03. April 2008 auf dem NATO-Gipfel in Bukarest beschlossene und unter maßgeblicher Mitwirkung der Bundesregierung erarbeitete Strategieplan für Afghanistan in die richtige Richtung. Darin nimmt der Ansatz der vernetzten Sicherheit eine zentrale Stellung ein. Dieser besagt, dass die militärische Präsenz und der zivile Wiederaufbau Afghanistans untrennbar miteinander verbunden sind. Ohne Sicherheit wird es ebenso wenig zu einer stabilen Entwicklung kommen, wie es ohne Entwicklung keine langfristige Sicherheit geben kann. Neben der militärischen Bekämpfung der Taliban müssen daher die administrativen, wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für eine dauerhafte Stabilisierung des Landes geschaffen werden.

Das von der NATO formulierte Ziel, die afghanische Armee bis zum Jahr 2010 auf 80.000 Soldaten auszubauen, ist diesbezüglich ein wichtiger Schritt. Jedoch müssen darüber hinaus größere Anstrengungen bei der Ausbildung und Ausstattung der afghanischen Polizei unternommen werden. Unsere afghanischen Partner teilen diese Auffassung. Dies zeigt sich in dem kürzlich veröffentlichten Appell mehrerer Provinzgouverneure, in dem sie die internationale Gemeinschaft auffordern, ihr Engagement für die Polizeiausbildung weiter zu verstärken. Die afghanische Bevölkerung wird nur dann langfristig von den beim Wiederaufbau bereits erzielten Erfolgen profitieren, wenn es gelingt, in allen Landesteilen Sicherheit zu garantieren.

Ebenso begrüßenswert ist, dass es den Bündnispartnern auf dem NATO-Gipfel gelungen ist, sich auf gemeinsame Zielmarken für ihr Engagement zu einigen. Die Zielvorgaben der NATO enthalten Kriterien für eine schrittweise Rückführung der ISAF-Präsenz und unterstreichen die Notwendigkeit, die Verantwortung für die Schaffung von Sicherheit und den Wiederaufbau nach und nach in afghanische Hände zu legen. An ihrer in Bukarest gegebenen Zusage, größere Verantwortung für die Sicherheit im Land übernehmen zu wollen - beispielsweise durch die Übergabe Kabuls an die afghanische Armee, die bis Ende August 2008 durchgeführt wurde - wird sich die Regierung Karsai von nun an messen lassen müssen.



Stephan Mayer

Mitglied des Deutschen Bundestages

Neben der afghanischen Zentralregierung sollten auch die an Afghanistan angrenzenden Nachbarstaaten - in erster Linie Pakistan - von der internationalen Gemeinschaft stärker beim Wiederaufbau in die Pflicht genommen werden. Sie profitieren ebenso wie die internationale Gemeinschaft von einem stabilen und friedlichen Afghanistan. Die Staatengemeinschaft ist gefordert, eine Strategie auszuarbeiten, die den Interessen und der Bedeutung Pakistans für die Stabilisierung in Afghanistan Rechnung trägt und Anreize für eine engere Zusammenarbeit mit den NATO-Verbündeten enthält.

Was die von Ihnen angesprochene Verlängerung der Afghanistan-Mandate im Deutschen Bundestag betrifft, so seien die Gründe in Erinnerung gerufen, weshalb die Bundeswehr sich gemeinsam mit den NATO-Verbündeten in Afghanistan engagiert. Bis zu den Terroranschlägen des 11. September 2001 hat das Al Qaida-Terrornetzwerk das von den Taliban beherrschte Afghanistan als Rückzugs- und Ausbildungsgebiet genutzt. Der Einsatz ist eine direkte Folge der Anschläge in New York, die maßgeblich von Afghanistan aus vorbereitet wurden. Deutschland, wo drei der Attentäter lange Jahre lebten, steht diesbezüglich besonders in der Verantwortung. Wir dürfen nicht zulassen, dass Afghanistan nochmals zum Ausgangspunkt für derartige Angriffe wird. Ein Scheitern der NATO-Mission oder ein vorzeitiger Truppenabzug hätte jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit genau dies zur Folge.

Auch ich habe den Vorschlag des Bundesverteidigungsministers Franz Josef Jung unterstützt, die Obergrenze des ISAF-Mandats von 3.500 auf 4.500 Soldaten anzuheben, um der Bundeswehr den notwendigen personellen Spielraum zu verschaffen. Dahinter steht jedoch kein Automatismus, dass diese Obergrenze tatsächlich ausgeschöpft wird. Die CSU-Landesgruppe wird weiterhin sorgsam darauf achten, dass kein Soldat mehr als nötig nach Afghanistan entsandt wird. Überdies muss die deutsche Bundesregierung nach der Ansicht der CSU-Landesgruppe an der Entwicklung einer Ausstiegsstrategie aus Afghanistan arbeiten und in naher Zukunft klare Perspektiven für die Beendigung des Bundeswehreinsatzes vorlegen.

Ich hoffe, Ihnen mit meinen Ausführungen weitergeholfen zu haben und stehe Ihnen für weitere Fragen bezüglich dieses Themas selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Stephan Mayer

Bundestagsabgeordneter